

Nachhaltigkeit fördern, Wachstum sichern

Leitbild des Bankenverbandes

Dezember 2024

Lobbyregister-Nr. R001458

EU-Transparenzregister-Nr. 0764199368-97



Executive Summary

Bei den Nachhaltigkeitsambitionen darf unsere Gesellschaft nicht nachlassen. Weitere Fortschritte bei der Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch sind dringend notwendig.

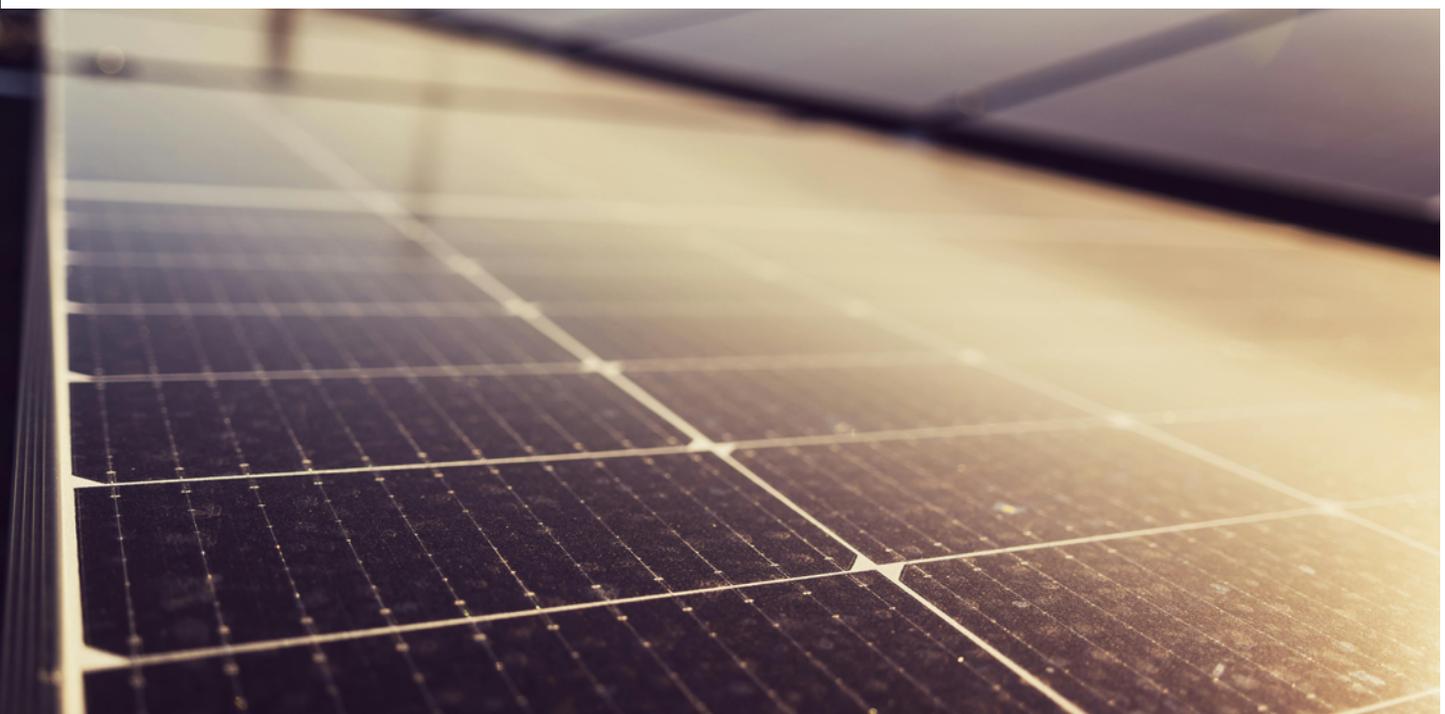
Der Versuch, unsere Nachhaltigkeitsziele durch wirtschaftliches Schrumpfen (auf Engl.: „Degrowth“) zu erreichen, wäre der falsche Weg und nicht erfolgsversprechend. Stattdessen erfordern Klima- und Umweltschutz sowie die Bewältigung weiterer gesellschaftlicher Herausforderungen ein robustes Wirtschaftswachstum.

Die Transformation ist vor allem durch marktwirtschaftliche Instrumente zu bewältigen, da diese Innovationen ermöglichen und fördern. Bei der Internalisierung der externen Kosten im Bereich Klima und Umwelt gibt es ein Marktversagen, das idealerweise über eine kluge staatliche Ordnungspolitik, die die Funktionsweise der Märkte verbessert, aufgelöst werden soll.

- Private Banken stehen hinter den Klima- und Umweltzielen der EU und der Bundesregierung. Diese werden nur zu erreichen sein, wenn alle Akteure an einem Strang ziehen.
- Wir sind uns dabei möglicher Zielkonflikte und sozialer Fragen bewusst.
- Es ist wichtig, den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Blick zu halten; eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik braucht die Unterstützung von breiten gesellschaftlichen Mehrheiten.
- Wirtschaftswachstum geht nicht zwangsläufig mit einem höheren Ressourcenverbrauch einher: Durch technischen Fortschritt und Produktivitätssteigerungen kann eine höhere Wirtschaftsleistung bei gleichem oder sogar geringerem Ressourcenverbrauch erzielt werden („Entkoppelung“).
- Wirtschaftswachstum fördert Innovationen und somit auch Produktverbesserungen im Sinne der Nachhaltigkeit.
- Ambitionierte Klima- und Umweltpolitik ist einfacher, wenn die Wirtschaft wächst; der gesellschaftliche Konsens gelingt reibungsloser.
- Eine besonders wichtige Rolle der Politik ist es, attraktive Rahmenbedingungen für nachhaltige Investitionen zu schaffen und, sofern nötig, Marktverzerrungen zu beseitigen.
- Um die Nachhaltigkeitsziele zeitnah zu erreichen, sind pragmatische Lösungen und eine Regulierung erforderlich, die in der Auswirkung die Transformation unterstützen (insb. CO₂-Bepreisung).
- Wirtschaftspolitische Maßnahmen für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort sollten Priorität haben, um Unternehmen Spielräume für Investitionen in nachhaltige Projekte zu gewährleisten.
- Der Kreislaufwirtschaft kommt bei der Transformation eine wichtige Rolle zu.

Der Finanzsektor ist Teil der Lösung, wird aber die Transformation nicht allein stemmen können.

- Der Finanzierungsbedarf für die Erreichung unserer Nachhaltigkeitsziele ist enorm.
- Banken stellen Kapital zur Verfügung, sind Sparringpartner und Risikomanager – damit kommt ihnen eine wichtige Rolle bei der Finanzierung der Transformation zu.
- Finanzmarktregulierung darf die Finanzierung der Transformation daher nicht unnötig ausbremsen. Unsere Kernanliegen sind hierbei:
 - den allgemeinen Rahmen für nachhaltige Finanzierung zu überprüfen,
 - ein prinzipienorientiertes EU-Rahmenwerk für Transition Finance zu schaffen,
 - die Datenverfügbarkeit im Bereich ESG zu verbessern,
 - den Verbriefungsmarkt zu beleben,
 - den europäischen Kapitalmarkt zu stärken,
 - die Ausrichtung von Förderbanken und Garantieinstrumente anzupassen.
- Ein besonderer Handlungsdruck besteht in der produzierenden Wirtschaft. Unternehmen brauchen einen regulatorischen Rahmen, der Planbarkeit und Verlässlichkeit gewährleistet und Anreize setzt.



Präambel

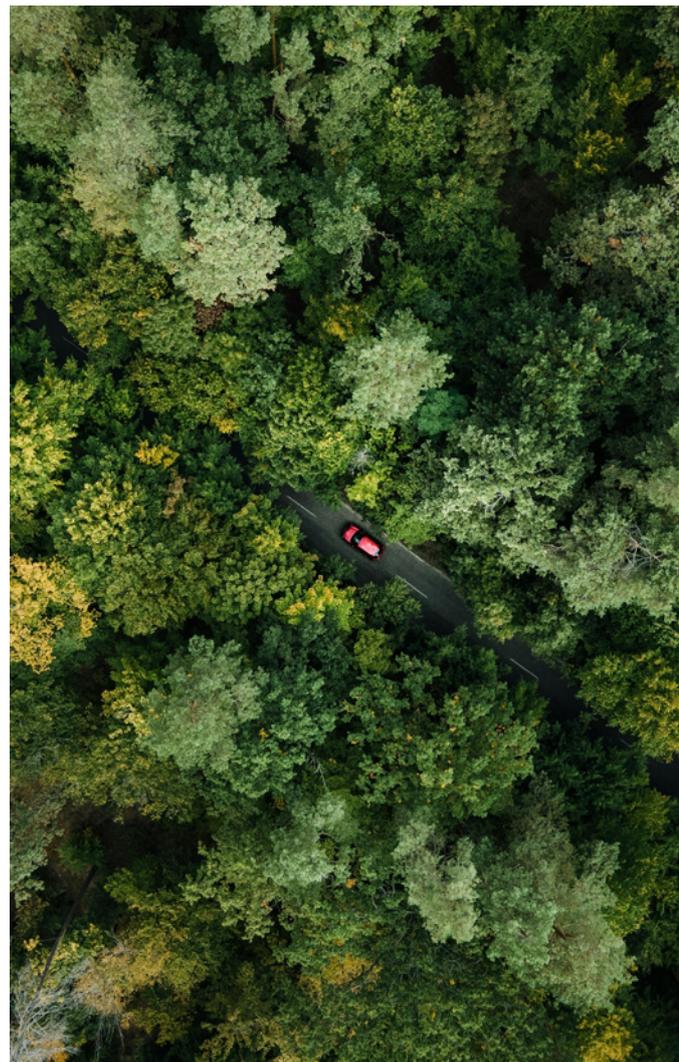
Der Kampf gegen die Erderwärmung und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels zählen zu den fundamentalen Herausforderungen unserer Zeit. Für die Wirtschaft ist dieser Kampf gleichbedeutend mit einem Paradigmenwechsel, muss doch innerhalb weniger Jahrzehnte eine auf fossiler Brennstoffbasis errichtete Produktionsinfrastruktur grundlegend umgebaut werden.

Bis zur Mitte des Jahrhunderts soll die Dekarbonisierung so weit vorangeschritten sein, dass der CO₂-Ausstoß bei Netto-Null angelangt ist. Auf dieses Ziel hat sich die internationale Staatengemeinschaft 2015 in Paris geeinigt. Die europäische und die deutsche Politik haben daraufhin in den vergangenen Jahren eigene Klimaziele beschlossen und eine Reihe von zum Teil ehrgeizigen Maßnahmen auf den Weg gebracht. Die privaten Banken bekennen sich ausdrücklich zu den Zielen dieser Klimapolitik und sehen sich in der Verantwortung, zum Erreichen der Klimaschutzziele beizutragen.

Dies gilt in ähnlicher Weise für den Schutz der Ökosysteme. Auch hier hat sich die Staatengemeinschaft auf verbindliche Ziele festgelegt, auch hier ist eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch dringend notwendig, um den Erhalt der Biodiversität voranzutreiben und die Umweltverschmutzung zu verringern. Der Kreislaufwirtschaft kommt hierbei eine bedeutende Rolle zu, da sie darauf abzielt, Ressourcen im Wirtschaftssystem zu halten und Abfälle zu minimieren.

Um die notwendige Entkopplung zwischen Wirtschaftswachstum und CO₂-Ausstoß bzw. Ressourcenverbrauch schnell voranzutreiben und um eine möglichst umfassende Unterstützung der Gesellschaft für die Transformation zu erhalten, sind ein dynamisches, marktwirtschaftliches Umfeld sowie die richtigen politischen Rahmenbedingungen unabdingbar. Denn nur so können Innovationen freigesetzt und die Internalisierung von externen Kosten sichergestellt werden.

Die privaten Banken stehen hinter den Klima- und Umweltzielen der EU und der Bundesregierung





Der Versuch, unsere Nachhaltigkeitsziele durch ein Null-Wachstumsmodell (oder „Degrowth“) zu erreichen – wie von einigen gesellschaftlichen Akteuren gefordert –, wäre dabei eindeutig der falsche Weg und nicht zielführend. Erstens erfordern Klima- und Umweltschutz technologische Innovationen und setzen Investitionen voraus, die in einer wachsenden Volkswirtschaft sehr viel leichter angeregt und finanziert werden können als in einer stagnierenden. Zweitens muss Wirtschaftswachstum hierbei nicht zwangsläufig mit einem höheren Ressourcenverbrauch einhergehen. Durch technischen Fortschritt und Produktivitätssteigerungen kann eine höhere Wirtschaftsleistung bei gleichem oder sogar geringerem Ressourcenverbrauch erzielt werden. Drittens ist es in einer wachsenden Wirtschaft sehr viel leichter, Menschen für Nachhaltigkeit zu gewinnen.

Erfolgreicher Klima- und Umweltschutz ist am Ende eine Gemeinschaftsaufgabe, an der alle Akteure beteiligt sein müssen: Politik, Unter-

nehmen und nicht zuletzt die Bürgerinnen und Bürger. Denn jeder Transformationsprozess ist mit Brüchen verbunden, kennt Gewinner und Verlierer, muss ordnungspolitisch flankiert und sozialpolitisch abgefedert werden. Auch Klima- und Umweltpolitik muss politische Mehrheiten finden und demokratisch legitimiert sein, selbst wenn die Ziele nicht zur Disposition stehen.

Ein nachhaltig erzielter Wohlstand braucht

beides: verantwortungsbewusste Akteure, die Klimaschutz und Ressourcenschonung zum Leitmotiv ihres Handelns machen. Und die Kräfte des Marktes, die in grüner Technologie neue Wachstumschancen erkennen. Dem Staat kommt die Aufgabe zu, hierfür die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Wenn dies gelingt, können alle Beteiligten gemeinsam die Transformation unserer Wirtschaft stemmen und unsere Nachhaltigkeitsziele erreichen.

Inhalt

7

Kapitel 1: Klimaschutz und gesellschaftliche Herausforderungen brauchen robustes Wachstum

Ressourcenschonendes Wirtschaftswachstum	9
Den Entkopplungsprozess mit einer Wachstumsstrategie fördern	11
Wirtschaftswachstum erleichtert den gesellschaftlichen Zusammenhalt – eine Grundvoraussetzung für den erfolgreichen Transformationsprozess	13
Zwischenfazit	14

16

Kapitel 2: Marktwirtschaft für die Transformation nutzen

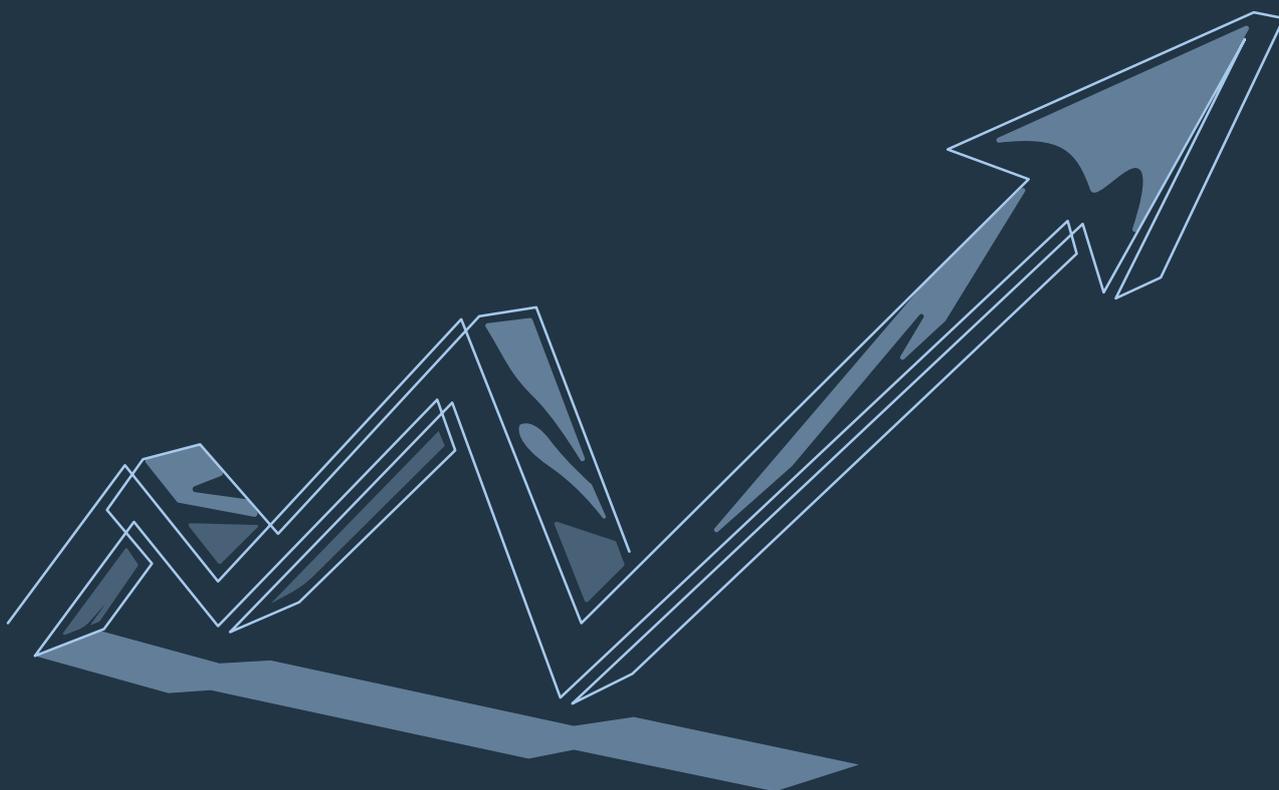
Raum für Innovationen schaffen	17
Günstige Rahmenbedingungen für nachhaltige Investitionen schaffen	17
Marktwirtschaftliche Instrumente für die grüne Transformation nutzen	19
Das zentrale Instrument: Der CO ₂ -Preis	19
Herausforderungen bei der CO ₂ -Bepreisung	19
Punktuelle Förderung sollte die CO ₂ -Bepreisung komplementieren	20

21

Kapitel 3: Rolle des Finanzsektors

Enormer Finanzierungsbedarf zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele	22
Der Finanzierungsbedarf wird überwiegend durch private Mittel zu stemmen sein	23
Der Finanzsektor spielt eine bedeutende Rolle bei der Finanzierung der Transformation	24
Ein besonderer Handlungsdruck besteht in der produzierenden Wirtschaft, die dafür den richtigen Rahmen braucht	25
Es gilt sicherzustellen, dass die Finanzmarktregulierung mehr Investitionen in Transformationsvorhaben ermöglicht	26

Kapitel 1: Klimaschutz und gesell- schaftliche Herausforde- rungen brauchen robustes Wachstum



In der Debatte um Klimaschutz und nachhaltiges Wirtschaften wird häufig ein scheinbar einfacher Zusammenhang unterstellt: Wirtschaftswachstum geht mit einem zusätzlichen Ressourcenverbrauch und CO₂-Ausstoß einher, Nachhaltigkeit und Klimaschutz hingegen erfordern einen geringeren Verbrauch von natürlichen Ressourcen. Daraus wird ein Widerspruch zwischen Wirtschaftswachstum einerseits und Umwelt- sowie Klimaschutz andererseits abgeleitet.

Dieser unterstellte Widerspruch blendet jedoch wichtige ökonomische und gesellschaftliche Interdependenzen aus. Die Schlussfolgerungen sind zu schlicht und leiten sogar in die falsche Richtung.

Wir möchten in diesem Zusammenhang drei Punkte besonders hervorheben:

1

Wirtschaftswachstum ist auch ohne einen höheren CO₂-Ausstoß bzw. ohne einen stärkeren Verbrauch von natürlichen Ressourcen möglich (Stichwort: Entkoppelung). Der Schlüssel hierfür sind technische Entwicklungen, Innovationen sowie ein Wissenszuwachs, der mit Produktivitätsgewinnen verbunden ist.

2

Wirtschaftswachstum und ein dynamisches wirtschaftliches Umfeld fördern Innovationen. Damit verbessern sich die Möglichkeiten, Wirtschaftswachstum von Klimaemissionen und dem Verbrauch natürlicher Ressourcen weiter zu entkoppeln. In diesem Sinne sind Wirtschaftswachstum und Investitionen wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Transformation der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit und Klimaschutz.

3

Eine dynamisch wachsende Wirtschaft fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und erleichtert es, breite Mehrheiten für anspruchsvolle gesellschaftliche und wirtschaftspolitische Ziele zu finden. Im Umkehrschluss würde eine dauerhaft bzw. über einen langen Zeitraum stagnierende Wirtschaftsleistung zu empfindlichen Verteilungskonflikten führen. Der gesellschaftliche Konsens für mehr Klimaschutz wäre brüchig, was die Chancen, die Klimaschutzziele zu erreichen, empfindlich schmälern würde.

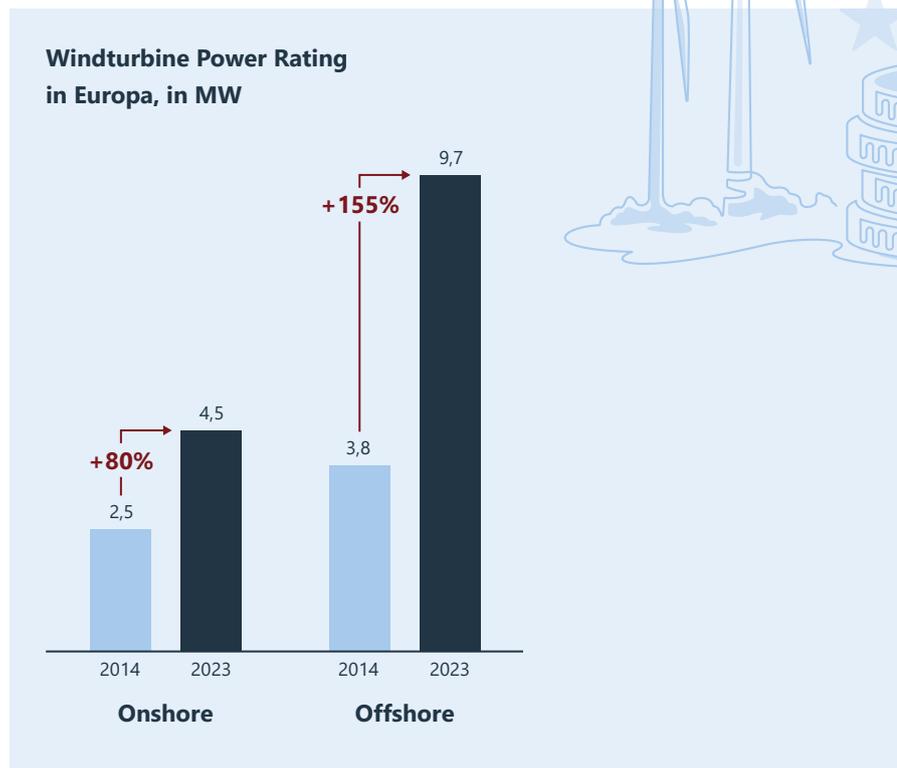


Ressourcenschonendes Wirtschaftswachstum

In einer einfachen ökonomischen Betrachtung entstehen Produkte und Dienstleistungen durch den Einsatz von Ressourcen, d. h. den Arbeits-einsatz, den Kapitalstock und den Einsatz natürlicher Ressourcen. Über den Ressourceneinsatz hinaus hängt die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Leistung – und letztlich die Höhe des Wirtschaftswachstums – aber auch davon ab, wie effizient die verwendeten Ressourcen genutzt werden. Ökonomen sprechen in diesem Zusammenhang von „Produktivitätssteigerungen“, also einer Steigerung der Arbeits- oder Kapitalproduktivität, die nicht zwingend einen höheren Ressourcenverbrauch erfordert.

Doch nicht nur die Produktionsprozesse unterliegen permanenten Verbesserungen; auch die Endprodukte und Dienstleistungen ändern sich im Zuge eines dynamischen Wirtschaftsprozesses. Sie können sich qualitativ verbessern bzw. werden teilweise völlig neu entwickelt. Anschauliche Beispiele sind Autos, Computer oder mobile Telefone. Entscheidend ist aber auch hier: Produktverbesserungen gehen nicht zwangsläufig mit einem zusätzlichen Ressourcenverbrauch einher. Häufig können sie sogar zu Einsparungen beim Verbrauch einzelner Ressourcen führen, und manchmal ist mit Produktentwicklungen sogar insgesamt ein geringerer Ressourcenverbrauch möglich. Wie stark einzelne Ressourcen eingespart werden, hängt in einem marktwirtschaftlichen System unter anderem vom Preis dieser Ressourcen und somit von den Produktionskosten ab.

Für die Klima- und Nachhaltigkeitsdebatte hat der Zusammenhang von Produktivitätssteigerungen, technischem Fortschritt und Produktentwicklungen eine besondere Relevanz. Durch Produktivitätsfortschritte und Innovationen ist es



„Produktivitätssteigerungen“ und Produktentwicklungen am Beispiel Windturbinen
Quelle: WindEurope, Macrobond

möglich, dass die gesamtwirtschaftliche Leistung steigt – die Wirtschaft also wächst –, ohne dass gleichzeitig mehr natürliche Ressourcen verbraucht oder mehr klimaschädliche Schadstoffe ausgestoßen werden.

Diese grundsätzliche Entkopplungsmöglichkeit von Wirtschaftswachstum auf der einen Seite sowie Ressourcenverbrauch und Schadstoffemissionen auf der anderen Seite wird von vielen Wachstumskritikern übersehen oder ausgeblendet. Der häufig unterstellte Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und umweltschädlichen Ressourcenverbrauch ist pauschal nicht haltbar.

Dass eine Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch möglich ist, verdeutlicht u. a. die Entwicklung von Wachstum und CO₂-Austoß in Deutschland. Seit Beginn der 1990er Jahre ist das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Deutschland um rund 45 Prozent gewachsen, während die fossilen CO₂-Emissionen pro Kopf um rund 45 Prozent zurückgegangen sind (s. Grafik). Ein Rückgang der Emissionen ist dabei nicht nur in der inländischen Produktion ersichtlich, sondern auch im Konsum (siehe [Weltbank, 2023](#)).

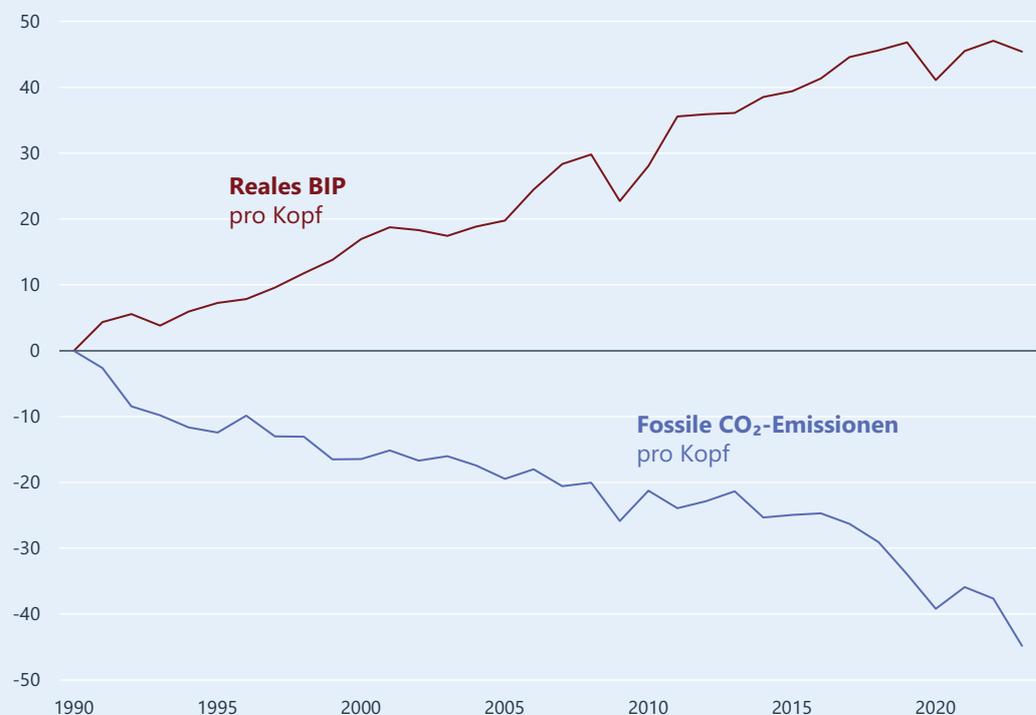
Mehr noch: Die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen spielt in der wirtschaftlichen Transformation in Richtung Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle. Einige prominente Beispiele sind hierfür Recycling-Technologien, nachhaltige

Baumaterialien, umweltfreundliche Verpackungen, energieeffiziente Technologien und erneuerbare Energien.

Die Herausforderung, Produktion und Konsum nachhaltig zu gestalten, sollte daher vor allem mithilfe von Produktivitätssteigerungen, Innovationen und neuen Technologien bewältigt werden. Es gilt beim Wirtschaften, den Einsatz der natürlichen Ressourcen zu schonen. Insofern gehören die „Kreislaufwirtschaft“ oder „Sharing Economy“ – Geschäftsmodelle, die auf einen kollaborativen Konsum setzen – dazu. Und auch die innovativen Produkte und Dienstleistungen sollten mit einem nachhaltigen Verbrauch natürlicher Ressourcen einhergehen.

Entkopplung: CO₂-Emissionen und Wirtschaftswachstum in Deutschland

(prozentuale Veränderung seit 1990)



Quelle: Macrobond

Den Entkopplungsprozess mit einer Wachstumsstrategie fördern

Investitionen in Nachhaltigkeit setzen Wachstum voraus. Insbesondere in Anbetracht des Transformationsprozesses können die notwendigen Schritte nicht „von heute auf morgen“ erreicht werden. Daher ist Wachstum eine Voraussetzung, um überhaupt in eine klimaneutrale Zukunft investieren und diese erreichen zu können.

Innovationen und Produktivitätssteigerungen können zu einer Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch beitragen. Im Vergleich zu einem sehr defensiven Ansatz über Verbote und Rationierungen beim Ressourcenverbrauch oder dem „Verzicht“ auf Wirtschaftswachstum (s. Kasten) ist die Förderung des Entkopplungsprozesses die überlegene Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsstrategie.

Investitionen in
Nachhaltigkeit setzen
Wirtschaftswachstum
voraus



Der Gegenentwurf: Verbote und Rationierungen beim Ressourceneinsatz

Der Gegenentwurf zur Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch wäre die strikte Rationierung des Ressourceneinsatzes und das gezielte Vermeiden von Wirtschaftswachstum. Dieser Gegenentwurf ist jedoch defensiv und rückwärtsgewandt. Er wäre mit merklichen Wohlstandsverlusten und entsprechenden gesellschaftlichen Verteilungskämpfen verbunden. Im globalen Maßstab könnten nationale Verbote zudem zu einer schlichten Verlagerung von Ressourcenverbrauch und CO₂-Ausstoß führen.

Auch eine abgemilderte Version der Rationierung mit der Vorgabe, dass die Wirtschaft nicht wächst, würde nicht zwangsläufig zu einer Ressourcenschonung führen. Durch die Zielvorgabe „wirtschaftliche Stagnation“ würde die Art und Weise, wie Ressourcen genutzt und eingesetzt werden, nicht beeinflusst. So können auch bei einer stagnierenden Wirtschaft ineffiziente Produktions- und Konsummuster unverändert bestehen bleiben. Investitionen in Forschung und Entwicklung würden gebremst werden, wodurch ressourcensparende Technologien und Verfahren möglicherweise unentwickelt bleiben oder nicht implementiert werden.

Eine gute Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsstrategie ist es daher, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gezielt so zu gestalten, dass der Entkopplungsprozess gefördert und beschleunigt wird.

- So können in einem marktwirtschaftlichen System **Preissignale** ein gutes Lenkungssystem für den Einsatz verschiedener Ressourcen sein. Ein Preis für CO₂-Emissionen kann zum Beispiel entscheidende Anreize setzen, um in eine emissionsärmere Produktion zu investieren. Der Vorteil der Preissignale gegenüber Verboten ist dabei, dass Preissignale zu einem möglichst graduellen Übergang genutzt werden können, der unerwünschte Nebenwirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung reduziert (siehe Kapitel II für weitere Ausführung).
- Auch **gute Rahmenbedingungen für eine Kreislaufwirtschaft**, die den Verbrauch von nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen reduziert, kann den Entkopplungsprozess von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch fördern. Wir brauchen hierzu konsequent Anreize zur Ressourcenschonung, also dafür, natürliche Ressourcen nachhaltig zu nutzen bzw. diese durch recycelte, regenerative, erneuerbare und/oder ethisch verantwortungsvolle organische Rohstoffe zu substituieren. Zudem sollte der Abfall minimiert werden, indem mittels Recycling und Reparaturen der Lebenszyklus von Produkten verlängert wird.
- Darüber hinaus gilt, dass **Klima- und Umweltschutz ein weltweiter Ansatz** sein muss. Realistisch und mit Blick auf viele Entwicklungs- und Schwellenländer ist dies aber nur möglich, wenn sich Klima- und Umweltschutz auf der einen Seite und wirtschaftliche Entwicklung auf der anderen Seite nicht ausschließen. Beide Vorhaben nach Möglichkeit zu kombinieren und in den Mittelpunkt politischer Bemühungen zu stellen, kann deshalb auch andere Staaten motivieren, gleiche Schwerpunkte zu setzen oder zumindest ebensolche Zielvereinbarungen zu formulieren.

Entkopplungsprozess mit guten Rahmenbedingungen beschleunigen



Wirtschaftswachstum erleichtert den gesellschaftlichen Zusammenhalt – eine Grundvoraussetzung für den erfolgreichen Transformationsprozess

Wirtschaftswachstum ist eine zentrale Voraussetzung für ein steigendes Pro-Kopf-Einkommen und für materiellen Wohlstand. Auf diese Weise kann übrigens auch eine steigende Lebenserwartung und ein wachsendes Rentenaufkommen in einer Gesellschaft nachhaltig finanziert werden.

Auch der gesellschaftliche Zusammenhalt bzw. die gesellschaftliche Stabilität hängen eng mit der Wohlstandsentwicklung und mit wirtschaftlichen Verteilungsfragen zusammen. Generell gilt, dass ein stagnierender oder gar schrumpfender Wohlstand die Verteilungsfragen zuspitzt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt schmälert.

Die wirtschaftliche Transformation in Richtung Nachhaltigkeit ist – wie jeder wirtschaftliche Veränderungsprozess – mit zusätzlichen Verteilungsprozessen verbunden. Dies alles ist in einer wachsenden Wirtschaft mit wachsendem Einkommen leichter zu handhaben und zu gestalten. So hat Bundeskanzler Olaf Scholz in einer Befragung der Bundesregierung vor dem Deutschen Bundestag am 2. Juli 2024 in Berlin Folgendes betont:

„Und natürlich geht es immer auch um Wachstum. Wir brauchen Wachstumspotenziale für die Zukunft, damit nicht das Nullsummendenden das Miteinander beeinträchtigt.“

Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist wiederum eine Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Transformationsprozess. Da in demokratischen organisierten Staaten um Mehrheiten „gerungen“ werden muss, ist das „Mitnehmen“ der Menschen unerlässlich. Das setzt ein Höchstmaß an Transparenz voraus: Wirtschaftspolitische, gesellschaftliche und ökologische Prozesse sollen offen analysiert, ihre Rückkoppelungen beachtet und diskutiert werden.

Allgemein lässt sich feststellen: Steigender Wohlstand geht meistens auch mit einem höheren Interesse und Engagement der Bevölkerung für Nachhaltigkeitsthemen einher. Studien belegen, dass das Umweltbewusstsein der Bevölkerung sowohl mit dem individuellen Einkommen als auch mit dem nationalen Wohlstandsniveau steigt.¹

Und: Das Werben für eine „Degrowth-Strategie“ spielt den vehementesten Klimaschutz-Kritikern in die Karten. Letztere behaupten, dass die Regierungen der Bevölkerung etwas wegnehmen oder diese gar „entmündigen“ wollen. Diese Behauptungen zeigen schon heute Wirkung und können bis zum Leugnen des Klimawandels führen. Anstatt einer Geschichte von Verzicht und Entsagung braucht ein mehrheitsfähiger Klimaschutz eine Geschichte von Entwicklung, Wohlstand und Zukunft.

¹ Vgl. Studie Franzen A. und Meyer R. (2004). „Klimawandel des Umweltbewusstseins?“ Zeitschrift für Soziologie, Jg. 33, Heft 2, April 2004, S. 119–137.

Zwischenfazit

Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit schließen sich nicht aus. Durch technischen Fortschritt und Produktivitätssteigerungen kann eine höhere Wirtschaftsleistung bei geringerem Ressourcenverbrauch erzielt werden. Diese Entkoppelung ist unumgänglich, um unsere Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Zudem fördert Wirtschaftswachstum Innovationen und somit auch Produktverbesserungen im Sinne der Nachhaltigkeit, was wiederum die Entkopplung beschleunigen kann. Darüber hinaus ist es in einer wachsenden Wirtschaft leichter, die Bevölkerung für nachhaltiges Handeln zu motivieren und mitzunehmen.

Einige Anhänger von „Degrowth“ plädieren häufig für alternative Wohlstandsmessungen. Mit all seinen Unzulänglichkeiten und Versuchen, alternative Messmetriken zu finden (siehe Info-Kasten), bleibt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) jedoch eine wichtige Maßeinheit. Und dies auch um die notwendigen (finanziellen) Mittel für die nachhaltige Transition abzubilden.



Wachstumskritik – Messmetrik für Wohlstand

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf gilt – mit allen seinen Unzulänglichkeiten – als ein wichtiger Indikator für den Wohlstand einer Volkswirtschaft. Ideen, alternative Messgrößen für die Wohlstandsentwicklung zu entwickeln, gibt es schon seit Langem und reichlich. Seit einigen Jahren werden diese Konzepte häufig auch als Wohlstandsmessung „Beyond GDP“ bezeichnet. Zufriedenstellende Ergebnisse konnten bislang allerdings noch nicht entwickelt werden.

Auch internationale Organisationen und viele Staaten greifen zur Wohlstandsmessungen neben dem BIP (BIP pro Kopf) auf andere Indikatoren zurück. Wichtige Aspekte sind Kennziffern zur Einkommensverteilung, der Arbeitslosigkeit oder zum Bildungs- und Gesundheitsstand.

Die „Beyond-GDP“-Bewegung zielt darauf ab, ökologische und soziale Maßstäbe als eigentliches Wachstumsmaß zu etablieren. Eine Kritik am Maßstab BIP pro Kopf ist, dass „kompensatorische“ Ausgaben in die BIP-Berechnung einfließen und somit Wachstum suggerieren. „Kompensatorische“ Ausgaben sind jedoch Ausgaben, die darauf abzielen, Umweltverschmutzungen oder gesundheitliche Schäden, die mit der Produktion bzw. dem Konsum bestimmter Güter verbunden sind, wieder auszugleichen. „Kompensatorische“ Ausgaben sollten, so die Kritik, nicht wohlstandserhöhend verbucht werden.

Im Jahr 2009 wurde die einflussreiche Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission vom damaligen französischen Präsidenten Sarkozy einberufen. Ziel war es, Indikatoren, die die Nachhaltigkeit und das wirtschaftliche Wachstum messen, zu etablieren und dabei den ökologischen sowie sozialen Fußabdruck zu berücksichtigen.

Die Diskussion ist heute noch Bestandteil politischer und ökonomischer Debatten. Die einfache Einbeziehung von Wohlstands- und Zufriedenheitsindikatoren löst die Diskussion jedoch nicht gänzlich auf. Die Messung von Zufriedenheit und Wohlempfinden scheitert bereits am Versuch, subjektive Empfindungen objektiv zu messen.

In Deutschland wird zum Beispiel der Nationale Wohlfahrtindex (NWI) vom Institut für Interdisziplinä-

re Forschung (FEST) in Heidelberg als ein ergänzender Indikator zum Bruttoinlandsprodukt entwickelt. Er versucht ökonomische (Einkommensverteilung), ökologische (Verlust von Naturkapital) und soziale Indikatoren zu erfassen. In den Jahren von 1991 bis zur Jahrtausendwende sind NWI und BIP im vergleichbaren Umfang gestiegen. Danach haben sich NWI und BIP entkoppelt. Während das BIP mit einer „Zacke“ während der globalen Finanzkrise 2009 bis zum Pandemiebeginn stieg, lag das NWI bis zum Jahr 2022 unter dem Niveau von 1999.

Im Gegensatz zur „Beyond-GDP“-Bewegung, die sich dafür einsetzt, das BIP als primären Indikator für gesellschaftlichen Fortschritt zu ersetzen oder zu ergänzen, zielt die „Degrowth“-Bewegung darauf ab, das Wirtschaftswachstum bewusst zu reduzieren, da unbegrenztes Wachstum in einer Welt mit begrenzten Ressourcen nicht nachhaltig sei. „Degrowth“-Vertreter argumentieren, dass das Streben nach Wirtschaftswachstum zu sozialen und ökologischen Krisen führt. Wachstum wird hier grundsätzlich infrage gestellt, nicht nur als Wohlstandsindikator, sondern als gesellschaftliches Ziel.

Dabei bleiben viele Fragen unbeantwortet: Wie lässt sich ein Zusammenbruch der Sozialsysteme in einer schrumpfenden Wirtschaft verhindern? Muss die Wirtschaftsleistung stark zurückgehen, oder reicht es aus, wenn sie nur stagniert? Und wie kann der Übergang von einem wachstumsorientierten Wirtschaftssystem vollzogen werden, wenn ein Großteil der Bevölkerung dagegen ist?

Zudem zeigt eine [Metaanalyse](#) der Ökonomen Ivan Savin und Jeroen van den Berg aus dem Jahr 2024, die 561 einschlägige Veröffentlichungen zu „Degrowth“ untersucht haben, dass die große Mehrheit der Studien (fast 90 Prozent) eher Meinungen als Analysen wiedergeben und das wissenschaftliche Niveau fast durchgängig unzureichend ist. Zuletzt wird die politische Machbarkeit in lediglich 0,7 Prozent der Studien thematisiert. Dass viele Menschen nicht freiwillig auf Konsum und materiellen Wohlstand verzichten wollen, tangieren die „Degrowth“-Forscher somit wenig.

Kapitel 2: Marktwirtschaft für die Transformation nutzen



Raum für Innovationen schaffen

Die grüne Transformation ist kein Zustand, sondern ein Prozess. Dabei sollten Deutschland wie Europa verstärkt auf marktwirtschaftliche Dynamiken setzen, da sie Innovationen ermöglichen und fördern.

Insbesondere der „Trial-and-Error“-Prozess (Versuch-und-Irrtum) kann hilfreich sein. Denn auch für die grüne Transformation gilt: möglichst „technologieoffen“ (ergebnisoffen) um die besten Lösungen zu wetteifern. Der Wettbewerb um bessere Ideen ist langfristig effizient und fördert Innovationen. Die Gründung neuer und innovativer Unternehmen („Startups“) spielt für den Innovationsprozess ebenfalls eine wichtige Rolle.



Günstige Rahmenbedingungen für nachhaltige Investitionen schaffen

Was heißt das für die Wirtschaftspolitik? Innovationen lassen sich nicht staatlich verordnen, sondern resultieren am besten aus marktwirtschaftlichen Prozessen. Dem Staat kommt dabei die wichtige Aufgabe zu, mit den richtigen Rahmenbedingungen Leitplanken zu setzen, für Planungssicherheit zu sorgen und Marktversagen aufzulösen. Ganz generell umfasst dies auch Bereiche wie Forschung & Entwicklung oder Bildung.

Investitionen in die Transformation sollten insbesondere durch privates Kapital erfolgen.

Deutschland muss hierfür ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort sein, damit die Unternehmen Spielräume erhalten, um verstärkt in den Klima- und Umweltschutz zu investieren.

Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands hat in den letzten Jahren stark gelitten, wie zahlreiche Studien belegen. So ist die Bundesrepublik im Ranking der Business School IMD als Standort weiter zurückgefallen. Vor zehn Jahren lag sie noch auf Platz sechs – jetzt auf Rang 24.

Vor allem in folgenden Bereichen gibt es dringenden Handlungsbedarf:

Bürokratieabbau:

Pragmatische und einfache Lösungen sind notwendig, Verwaltungsstrukturen müssen durch die Politik vereinfacht und überflüssige Berichtspflichten und Auflagen abgeschafft werden.

Schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren:

Das sogenannte „Deutschland-Tempo“ bei LNG-Terminals sollte als Beispiel genommen werden; es bedarf schneller und pragmatischer Entscheidungen für Investitionsvorhaben.

Wettbewerbsfähige Unternehmenssteuern und steuerliche Anreize:

Deutschland hat mit die höchsten Unternehmenssteuern der OECD-Länder. Unsere Wirtschaft braucht generelle und umfassende steuerliche Erleichterungen, um die Unternehmen dabei zu unterstützen, verstärkt in den Klimaschutz zu investieren.

Planungssicherheit/Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik:

Unternehmen und auch Bürgerinnen und Bürger benötigen Planungssicherheit, es bedarf klarer ordnungspolitischer und auf Wirtschaftswachstum ausgerichteter Leitplanken, an denen sich die Unternehmen orientieren können. Die Politik muss verlässlich sein, einen klaren Plan aufzeigen und Konsequenzen transparent darstellen (mithin: Vision bieten und starke Führung).

Arbeitskräftepotenzial stärken:

Das Problem des Arbeitskräftemangels muss angegangen werden. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz hat die Regierung zwar die richtigen Weichen gestellt, die Umsetzung darf jedoch nicht an der Bürokratie scheitern. Aber auch das inländische Arbeitskräftepotenzial muss dringend vergrößert werden. Hierbei wird es darauf ankommen, finanzielle Anreize für eine vorgezogene Altersrente abzubauen und eine freiwillige Ausweitung des Arbeitsvolumens attraktiver zu machen.

Globale Handelsbeziehungen (Lieferketten und Absatzmärkte):

Deutschland und die EU bleiben auf globale Handels- und Investitionsbeziehungen angewiesen – notwendig ist daher u. a. der Abschluss neuer Freihandelsabkommen. Auch kann der „Export“ bzw. die Unterstützung von ressourcenschonendem Wirtschaften in anderen Ländern nur gelingen, wenn Deutschland und die EU enge globale Wirtschaftsbeziehungen pflegen und weiter ausbauen.



Marktwirtschaftliche Instrumente für die grüne Transformation nutzen

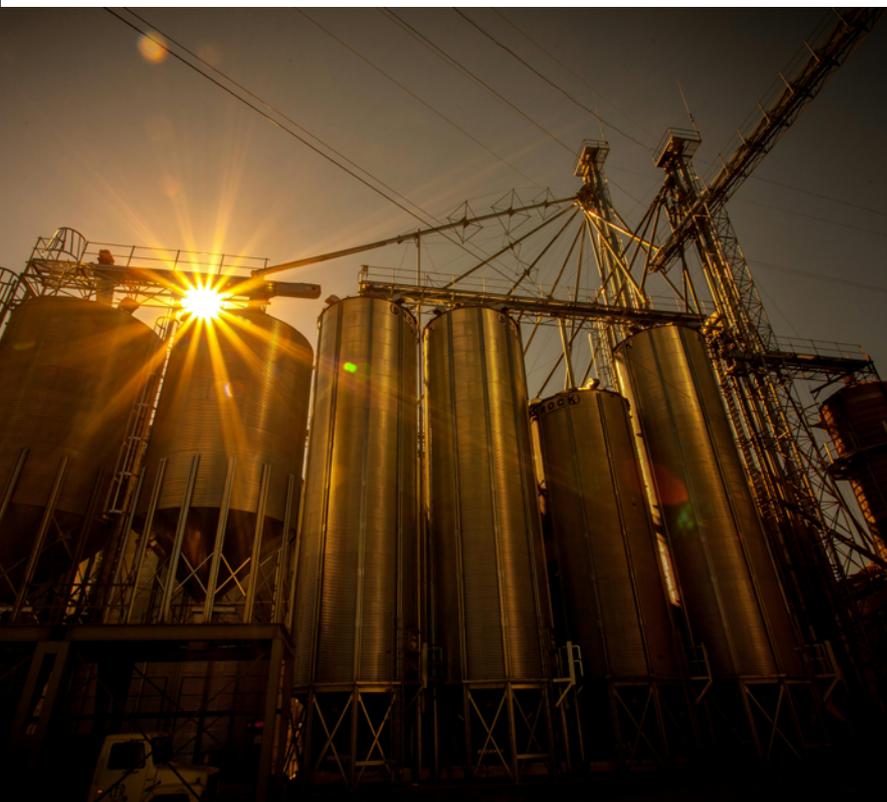
Das zentrale Instrument: Der CO₂-Preis

Um die Klimaziele des Pariser Abkommens zu erreichen, ist neben den grundsätzlichen Rahmenbedingungen auch der Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente notwendig. In einer Marktwirtschaft haben Preise eine zentrale Lenkungsfunktion. Die CO₂-Bepreisung ist daher das am besten geeignete Instrument für eine erfolgreiche Klimapolitik. Sie ist grundsätzlich innovations- und technologieoffen, setzt Anreize, Emissionen zu vermeiden, und sie schafft branchenübergreifend langfristige Planungssicherheit.

Der Idealfall wäre, die Bepreisung von Kohlenstoff global zu koordinieren (z. B. im Rahmen eines global inklusiven und effektiven Klimacubs). Da sich dies jedoch aufgrund der politischen Realitäten (aktuell) nicht durchsetzen lässt, ist die CO₂-Bepreisung auf europäischer und nationaler Ebene die „zweitbeste“ Lösung. Dadurch können in den europäischen Mitgliedstaaten private Investitionen von fossiler Energie auf klimafreundliche Alternativen gelenkt werden.

Herausforderungen bei der CO₂-Bepreisung

Die Transformation und der Kampf gegen den Klimawandel machen nicht an nationalen Grenzen halt. Eine lokale CO₂-Bepreisung ohne internationale Koordinierung geht aufgrund erhöhter Produktionskosten der Unternehmen zulasten der Wettbewerbsfähigkeit. Zudem könnten Emissionen verlagert werden, wenn emissionsintensive Produktionen aufgrund günstigerer fossiler Optionen im Ausland dorthin abwandern (sogenanntes Carbon Leakage). Daher werden Schutzmechanismen wie der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus öffentlich diskutiert bzw. sind bereits in Kraft getreten (wie z.B. der Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) der EU). Dabei ist jedoch ein hoher Abstimmungsbedarf auf europäischer und internationaler Ebene notwendig, um protektionistische (Gegen-)Maßnahmen zu vermeiden und – wo möglich – ein „Level-Playing-Field“ zu schaffen (ggf. Beachtung des EU-Wettbewerbsrechts). Zudem sollten diese Mechanismen nicht mit unverhältnismäßig hohem bürokratischem Aufwand aufgrund der CO₂-Berichtspflichten verbunden sein.



Der CO₂-Preis sollte schrittweise angehoben werden (sowohl direkt durch CO₂-Bepreisung auf nationaler Ebene als auch indirekt durch gezielte Reduktion von CO₂-Zertifikaten bei Cap-and-Trade-Systemen wie dem EU Emissions Trading System). Langfristige Planbarkeit sollte sichergestellt sein. Für die Akzeptanz in der Bevölkerung ist auch der soziale Aspekt der gewählten politischen Maßnahmen entscheidend: Durch die höheren Kosten aufgrund der CO₂-Bepreisung entstehen Belastungen, die niedrige Einkommensbezieher in der Regel stärker treffen als wohlhabendere Haushalte. Die Diskussion um ein Klimageld, welches zusätzliche Belastungen (zum Teil) kompensiert, ist vor diesem Hintergrund folgerichtig. Ziel einer solchen Kompensation: den CO₂-Verbrauch „fairer“ – also „verursachungsgerechter“ – zu bepreisen. Dieser Ansatz sollte grundsätzlich weiterentwickelt werden.

Ein wichtiger Stolperstein: Es gibt nach wie vor methodische Herausforderungen bei der exakten Bestimmung des optimalen CO₂-Preises (wie z. B. Unsicherheiten bei den Klimaprognosen, der Marktreaktion von Unternehmen und Verbrauchern sowie der Interaktion mit anderen Politiken), welches den Einsatz des Instrumentes als Steuerungsfunktion erschwert.

Fazit: Aufgrund dieser Limitierungen reicht ein alleiniger Fokus auf die CO₂-Bepreisung eventuell nicht aus. Daher könnte es sinnvoll sein, das Instrument der CO₂-Bepreisung mit anderen Ansätzen zu komplementieren, um das Ziel Klimaneutralität im politisch vorgegebenen Zeitraum zu erreichen und dabei die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu wahren.



Punktueller Förderung sollte die CO₂-Bepreisung komplementieren

Zum Ausgleich entstehender Wettbewerbsnachteile – insbesondere im internationalen Kontext – und aufgrund der eventuell nicht ausreichenden Lenkungsfunction des CO₂-Preises, um die Klimaziele im gesetzlich vorgebenden Zeitrahmen zu erreichen, kann punktuell und zeitlich begrenzt über Förderprogramme oder staatliche Garantien als Ergänzung zur CO₂-Bepreisung diskutiert werden.

Zudem rechnen sich einige Investitionen in klimaneutrale Produktionstechnologien betriebswirtschaftlich derzeit (noch) nicht für die Unternehmen. Die öffentliche Hand kann in solchen Fällen gezielt das Investitionsrisiko reduzieren oder steuerliche Anreize (z. B. Superabschreibungen/Investitionsprämien) für „grüne“ Investitionen setzen. Es kann darüber hinaus sinnvoll sein, Investitionen mit höheren Transformationsrisiken zu unterstützen. Die einseitige Förderung bestimmter Techniken stünde jedoch dem Grundsatz der Technologieoffenheit entgegen und könnte die Entwicklung klimafreundlicher Technologien verzerren oder gar verhindern.

Kapitel 3: Rolle des Finanzsektors



Enormer Finanzierungsbedarf zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele

Der Finanzierungsbedarf zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele ist gewaltig. Kapital muss von den weniger nachhaltigen in die stärker nachhaltigen Geschäftsmodelle fließen. Die Herausforderungen bei der Transformation sind vielschichtig und erfordern Investitionen auf verschiedenen Ebenen (siehe Info-Kasten).

Die Höhe des Finanzierungsbedarfs variiert stark je nach den spezifischen Zielen, Prioritäten und Gegebenheiten in verschiedenen Ländern und Regionen. Jedoch ist allen Studien gemein, dass die Summen sehr hoch sind und die bislang üblichen Investitionen deutlich übertreffen.

So schätzt beispielsweise die EU-Kommission in ihrem Strategic Foresight Report 2023, dass pro Jahr zusätzliche Investitionen von 620 Milliarden Euro nötig sein werden, um die Ziele des European Green Deals und REpowerEU zu erreichen.

Laut dem im September 2024 veröffentlichten Bericht des ehemaligen EZB-Präsidenten Mario Draghi zur Wettbewerbsfähigkeit der EU wird die Dekarbonisierung der vier größten energieintensiven Branchen (Chemie, Grundmetalle, nichtmetallische Mineralien und Papier) in den nächsten 15 Jahren voraussichtlich insgesamt 500 Milliarden Euro kosten. Der Investitionsbedarf für die am schwersten abzubauenen Teile des Verkehrssektors (See- und Luftverkehr) wird zwischen 2031 und 2050 rund 100 Milliarden Euro pro Jahr betragen.

Für Deutschland schätzt die KfW die Investitionslücke allein für den Klimaschutz auf jährlich 72 Milliarden Euro bis zum Jahr 2045.

Investitionsbedarf in vielen Bereichen

Der Investitionsbedarf für die nachhaltige Transformation ist in vielen Bereichen enorm. Einige Beispiele sind:

Erneuerbare Energien wie Solarenergie, Windenergie, Wasserkraft und andere saubere Energiequellen.

Verbesserung der Energieeffizienz in Industrie, Transport, Gebäuden und anderen Sektoren durch neue Technologien, Prozesse und Infrastruktur.

Die **Entwicklung und Modernisierung von Infrastruktur** für den öffentlichen Verkehr, die Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Abfallwirtschaft (Kreislaufwirtschaft).

Eine **Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels** durch resilientere Infrastruktur, Frühwarnsysteme und andere Maßnahmen.

Der **Schutz und die Wiederherstellung von Ökosystemen** wie Wäldern, Feuchtgebieten und Meereslebensräumen.

Investitionen in Forschung und Innovation, um neue Technologien und Lösungen zu entwickeln, die zur Bekämpfung des Klimawandels und zum Schutz der Umwelt beitragen können.

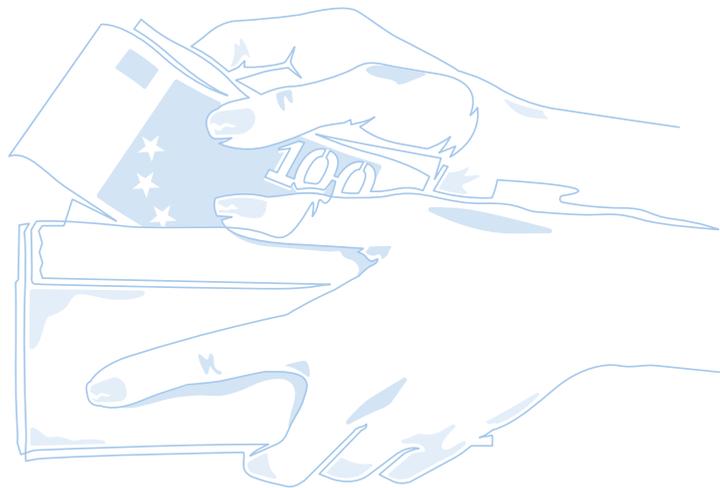
Der Finanzierungsbedarf wird überwiegend durch private Mittel zu stemmen sein

Die Risiken und Kosten der Transformation hin zu nachhaltigem Wachstum sollten auf verschiedene Schultern verteilt werden. Allein durch öffentliche Mittel ist die Transformation nicht zu stemmen, auch aufgrund der notwendigen Geschwindigkeit, mit der diese stattfinden muss.

Privaten Investitionen kommt eine wesentliche Rolle zu. Fast 90 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Investitionen in Deutschland werden privat erbracht. Hierbei gilt:

- Investitionen müssen vom Unternehmen getätigt werden und betriebswirtschaftlich sinnvoll sein (siehe Unterkapitel 3.4).
- Investitionen in die Transformation gehen mit größeren Risiken einher als Investitionen im Rahmen eines etablierten Geschäftsmodells. Daher werden Unternehmen stets einen erheblichen Teil (Eigenmittel) selbst investieren bzw. Risiken tragen müssen.
- Externe Kapitalgeber (Investoren und Banken) kommen hinzu.

Daneben müssen auch die öffentlichen Investitionen erhöht werden (z. B. in Infrastrukturen wie Verkehr, Digitales, Energie, Bildung, Grundlagenforschung etc.) Zudem kann die öffentliche Hand gezielt Risiken anteilig übernehmen, die für den Privatsektor allein nicht tragbar wären. Der Einsatz öffentlicher Mittel ist vor dem Hintergrund der jetzt schon klammen Haushaltslage und unter Einhaltung der Schuldenbremse jedoch begrenzt (siehe Info-Kasten).



Schuldenbremse

- Die Diskussion über eine Reform oder Aussetzung der staatlichen Schuldenbremse ist zu einem zentralen Streitpunkt in der deutschen Politik geworden.
- Klar ist allerdings: Die entscheidenden Hürden für mehr Investitionen in Deutschland sind zu langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren, Bürokratie und Überregulierung sowie der Arbeitskräftemangel. Aus all diesen Gründen konnten öffentliche Fördermittel des Bundes in den letzten Jahren häufig nicht voll ausgeschöpft werden.
- Die Voraussetzung für eine dynamischere Investitionsentwicklung lauten daher: Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum und Investitionen verbessern. Ohne diese Reformen würde die Gefahr steigen, dass eine höhere Staatsverschuldung „wirkungslos“ verpufft.
- Zudem sollte stärker auf privates Kapital gesetzt werden, um notwendige Investitionen zu finanzieren.

Der Finanzsektor spielt eine bedeutende Rolle bei der Finanzierung der Transformation

Kapitalgeber, insbesondere Banken, können den Fluss von Kapital von der weniger nachhaltigen in die nachhaltigere Lösung beeinflussen – und dadurch den entsprechenden Wettbewerb der Unternehmen im Markt (best solution) fördern. Daher kommen dem Finanzsektor und insbesondere den Banken eine wichtige Rolle bei der Transformation zu.

So sind Banken:

Kapitalgeber

Banken haben durch die Kreditvergabe einen wichtigen Hebel in der Hand, um nachhaltige Investitionen zu finanzieren. Konkret tragen viele private Banken signifikant zur Finanzierung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft bei, indem sie die entsprechenden Portfolios steuern, Nachhaltigkeitskriterien in Geschäftsprozesse integrieren und nachhaltige Finanzierungsprodukte entwickeln.

Sparringpartner

Banken können als treibende Kraft sowie als Sparringspartner Unternehmen bei der Transformation unterstützen. Strategische, langjährige Partnerschaften von Unternehmen mit Banken zahlen sich insbesondere während der schwierigen Phase der Transformation aus. Banken verfügen über die notwendige Expertise – zu Kredit, Kapitalmarkt, zu den Bedürfnissen kleiner und großer Unternehmen, verschiedener Branchen, zu Inland und Ausland, etc. Sie sind für die effiziente Finanzierung „nachhaltigen Wachstums“ unverzichtbar.

Risikomanager

Kern des Bankgeschäfts ist das Risikomanagement: Banken sind stark daran interessiert, dass ihre Kunden auch in fünf, zehn und 20 Jahren noch tragfähige Geschäftsmodelle haben. Banken bewerten die Risiken, die mit Transformationsprojekten verbunden sind. Sie analysieren die finanzielle Stabilität und die Erfolgsaussichten eines Unternehmens während des Transformationsprozesses und bieten Beratung sowie Produkte zur Absicherung von Risiken an.

Gleichzeitig leisten Banken mit ihrem gesellschaftlichen Engagement einen wichtigen Beitrag zu einer fairen und sozial nachhaltigen Gestaltung der Transformation („just and fair transition“). So vergeben sie soziale Darlehen an Unternehmenskunden für Investitionen in Projekte, die die Lebenssituation vulnerabler Bevölkerungsgruppen verbessern, z. B. in den Sektoren bezahlbarer Wohnraum, Bildung, Gesundheit und Inklusion. Darüber hinaus bieten einige Institute spezielle Programme zur Förderung von Finanzbildung an sowie kostenfreie Trainings zum Thema „ESG und nachhaltige Transformation“.

Ein besonderer Handlungsdruck besteht in der produzierenden Wirtschaft, die dafür den richtigen Rahmen braucht

Auch wenn die privaten Banken ihre Kunden auf dem Weg der Transformation begleiten und Banken bei der Finanzierung eine wichtige Rolle zukommt, ist es jedoch primär die produzierende Wirtschaft, die sich wandeln muss.

Die Politik muss dafür den richtigen Rahmen setzen. Unternehmen brauchen als erstes einen regulatorischen Rahmen, der Planbarkeit und Verlässlichkeit fördert (siehe Kapitel 2). Allein die Finanzierungsbedingungen in den Blick zu nehmen, löst die Herausforderung nicht.

Die pauschale Forderung nach einem Ausstieg aus Finanzierungen (Divestment) von nicht-nachhaltigen Aktivitäten hilft der Transformation nicht. Die Aktivitäten werden hierdurch nicht ge-

stoppt, sondern lediglich zu anderen Betreibern verlagert bzw. durch Schattenbanken finanziert. Die Unternehmen des Finanzsektors verlieren damit ihren Hebel, die Nachhaltigkeit ihrer Kunden direkt zu beeinflussen.

Die Fokussierung sollte auf der Transformation liegen. Um unsere Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, ist es wichtig, dass Unternehmen nicht nur für „dunkelgrüne“ Investments, sondern auch für Investitionen in Zwischenschritte die notwendigen Finanzierungen bereitgestellt bekommen.



Im Mittelpunkt:
Wandel der
produzierenden
Wirtschaft

Es gilt sicherzustellen, dass die Finanzmarktregulierung mehr Investitionen in Transformationsvorhaben ermöglicht

Finanzmarktregulierung darf die Finanzierung der Transformation nicht unnötig ausbremsen. Unsere Kernanliegen sind hierbei:

Überprüfung des allgemeinen Rahmens für nachhaltige Finanzierung:

Nachhaltigkeitsregulierung darf kein Selbstzweck sein. Sie muss im Ergebnis den Klimawandel effektiv und mit marktwirtschaftlichen Mitteln bekämpfen. Das aktuelle Sustainable-Finance-Regelwerk ist zu komplex. Aufwand und Nutzen stehen in keinem angemessenen

Verhältnis. Daher sollte der Gesamtrahmen für nachhaltige Finanzen hinsichtlich Konsistenz, internationale Vergleichbarkeit, internationale Wettbewerbsfähigkeit, Praktikabilität und Wirksamkeit überprüft werden.

Ein EU-Rahmenwerk für Transition Finance:

Regulierung muss so gestaltet sein, dass Banken nicht nur bereits „grüne“ Unternehmen finanzieren, sondern die Transformation bzw. Transition der Wirtschaft tatsächlich aktiv begleiten können. Für „Transition Finance“ sollte ein eigenständiger, prinzipiengeleiteter Rahmen geschaffen werden, der Unternehmen eine Orientierung

bietet, wo sie auf dem Weg der Transformation stehen. Dieses würde die Finanzwirtschaft unbürokratisch, anwendungsorientiert und prinzipienbasiert bei der Transformationsfinanzierung unterstützen. Soweit möglich sollten standardisierte Transitionspläne ein wesentliches Element eines solchen Rahmenwerks sein.

Datenverfügbarkeit in Bereich ESG verbessern:

Nachhaltigkeitsdaten sind ein zentraler Bestandteil zur Bewertung von Impact und Risiko. Die EU-Kommission sollte die Datenverfügbarkeit für ESG-Daten in Form einer leicht zugänglichen Datenbank verbessern. Dies beinhaltet die zü-

gige Fertigstellung des European Single Access Point (ESAP). Um schnell Verbesserungen zu erreichen, sollten auch nationale Lösungen verfolgt werden.

Verbriefungsmarkt beleben:

Indem bestehende Kredite gebündelt und als handelbare Wertpapiere verkauft werden, können Banken zusätzliche Kredite zur Finanzierung von nachhaltigen Projekten vergeben. Dies unterstützt auch kleine und mittelständische Unternehmen in der Transformation. Um den schwächelnden europäischen Verbriefungsmarkt zu beleben, brauchen wir eine grundlegende Über-

prüfung der Verbriefungskosten, eine schnellere Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden, die Einstufung bestimmter Verbriefungen in eine höhere Liquiditätsklasse und eine Reduzierung der Meldepflichten auf das Wesentliche. Ziel ist es, den Prozess zu straffen und zu beschleunigen, um internationale Investoren für den Markt zu gewinnen.

Stärkung des europäischen Kapitalmarktes:

Bankkredite und öffentliche Mittel reichen nicht für die Finanzierung der Transformation aus. Zudem gehen viele Projekte, die der Transformation dienen, mit höheren Risiken, höheren Volumina und längeren Laufzeiten einher. Die

grüne (und digitale) Transformation benötigt daher einen tiefen, liquiden EU-Kapitalmarkt. Aus diesem Grund sollte die Vertiefung der Kapitalmarktunion zügig vorangetrieben werden.

Ausrichtung von Förderbanken anpassen:

Die Förderpolitik kann gezielte Anreize für nachhaltige Investitionen setzen. Im Sinne einer echten Additionalität von privatem Kapital für die Transformation sollten sich Förderbanken des

Bundes und der Länder noch stärker auf risikoreichere Finanzierungen bzw. Teile von Finanzierungen („first-loss“) konzentrieren.

Wettbewerbsfähige Außenhandelsfinanzierung sicherstellen:

Der Außenhandel ist von entscheidender Bedeutung für Wachstum und Wohlstand in Deutschland. Banken unterstützen Exportunternehmen durch maßgeschneiderte Finanzierungslösungen über viele Jahre hinweg. Ob sich klimafreundliche Technologien von deutschen Unternehmen weltweit durchsetzen, hängt maßgeblich von den Finanzierungsbedingungen für die Käufer ab. Die Exportkreditgarantien des Bundes können insbesondere in risikoreichen Regionen der Welt für attraktive Rahmenbedingungen sorgen. Hierbei ist eine ausgewogene Gestaltung notwendig, die auf der einen Seite nachhaltige Projekte fördert und auf der anderen Seite den internationalen Wettbewerb berücksichtigt.



Herausgeber:
Bundesverband deutscher Banken e. V.
Burgstraße 28
10178 Berlin

Ansprechpartner:
Friederika Boehme, Volkswirtschaft
Torsten Jäger, Sustainable Finance

Berlin, Dezember 2024

